

Pressemeldung

Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung

5. April 2011

Bürgerbeteiligung soll „Überfall“ nachträglich legitimieren Allianz will sich trotz Widerstand gegen Fehmarnbeltquerung an „Dialogforum“ beteiligen

Die Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung will sich mit Vertretern ihrer Bürgerinitiativen an dem von Jost de Jager gestern auf einer Veranstaltung des DGB in Eutin angekündigten „Dialogforum“ beteiligen. Das grundsätzliche Nein zum Vorhaben feste Fehmarnbeltquerung bleibe jedoch bestehen. Nach Aussage des Ministers sollen die Treffen auf Augenhöhe stattfinden, Betroffene am Prozess beteiligt werden und Wünsche der Bürger in das Raumordnungsverfahren einfließen. Nach Auffassung der Allianz sei das zwar grundsätzlich zu begrüßen, komme aber Jahre zu spät und hätte vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages stattfinden müssen.

Der auf der Veranstaltung ebenfalls anwesende dänische Transportminister Christian Schmidt sprach in seiner Rede bildlich vom freundlichen Anklopfen, bevor man das Haus eines Fremden betrete, und zielte damit auf die Einbeziehung der Öffentlichkeit ab. „Bei dem ganzen Verfahren handelt es sich jedoch eher um einen dänischen Überfall, bei dem die deutsche Bundes- und Landesregierung als Hausmeister auch noch Fenster und Türen geöffnet haben“, so Malte Siegert, Sprecher der Allianz gegen die feste Fehmarnbeltquerung, der unter anderem mit Wirtschaftsminister de Jager und SPD-Fraktionschef Ralf Stegner auf dem Podium saß. Man habe vorher die Bürger nicht gefragt, ob man eintreten dürfe, sondern lediglich mit dem Hausmeister besprochen, wie man am schnellsten in das Haus komme.

Meine man es von politischer Seite in Deutschland und Dänemark wirklich ernst mit einem Dialog und sei man ehrlich an der Meinung der Bürger interessiert, müsse man aus Höflichkeit vor dem Hausbesitzer nach wie vor sehr wohl über das „Ob“ und nicht nur über das „Wie“ einer festen Fehmarnbeltquerung diskutieren, so Siegert. Das lehnten die politischen Beteiligten jedoch kategorisch ab. „Wäre die Politik lernfähig, sollte sie die beteiligten Interessengruppen jetzt wenigstens in die Auswahl der Teilnehmer für das Dialogforum und die des angekündigten „neutralen“ Moderators einbeziehen, meint Malte Siegert. Aber auch da werde das Verfahren von der Landesregierung vorgegeben.

Ob die Wünsche der Bürger angesichts von Staatsverschuldung und Schuldenbremse überhaupt Berücksichtigung fänden, sei nach Ansicht der Allianz höchst fraglich. Verantwortliche Politiker seien für heutige Zusagen morgen gar nicht mehr zuständig. Damit der nächste Bundesfinanzminister Vereinbarungen mit Verweis auf die Haushaltslage nicht wieder kassieren könne, müssten diese mindestens vertraglich festgehalten werden. „Welche Halbwertszeit und Zuverlässigkeit solche Zusagen haben, bekommen gerade die Atomkonzerne zu spüren. Verlässlichkeit in der Politik ist gegenwärtig eine Mär. Vertrauen müssen sich die politisch Beteiligten hart erarbeiten. Ergebnisoffen!“, so Siegert.